

Kleine Schritte

Die Europatour von US-Präsident Joe Biden ist zu Ende – eine Bilanz aus Brüssel, Genf und Moskau

5

Long Covid

Was die Spätfolgen durch das Coronavirus für die Gesellschaft bedeuten

3

Feind und Helfer im Bundestag

Die Bundestagspolizei soll das Parlament schützen. Doch wie kann das funktionieren, wenn sich in den eigenen Reihen Reichsbürger, Rassisten und Coronaleugner befinden? Eine taz-Recherche

20–22



Illustration: Oliver Sperl

„

„In meinem Umfeld war klar: Das ist Daniel, und der ist jetzt schwanger“

Daniel Masch, trans Mann, über problematische Geburtsvorbereitungskurse und Loyalität gegenüber dem eigenen Körper

26–27



Foto: Miguel Ferraz Araújo

Ganz schön dufte

Nur Hunde sind gute Spürnasen? Von wegen! Warum wir besser riechen können, als wir denken. Eine olfaktorische Sachkunde

24–25

Große Liebe Kairo

Der Schriftsteller Najem Wali hat einen neuen Roman geschrieben – und erzählt, was ihn an der ägyptischen Metropole reizt

12

taz

3 Seiten
Weltflüchtlingstag

29–31

KONTEXT:

WOCHENZEITUNG

Die Anti-Baerbock-Kampagne zeigt, wie Kapitalvertreter mithilfe großer Medienhäuser Stimmung machen



Anzeige

© dpa

Flucht weltweit – jetzt spenden!

Millionen Menschen sind weltweit auf der Flucht. Aktion Deutschland Hilft steht den geflüchteten Familien zur Seite. Mit Lebensmitteln, Medikamenten, Trinkwasser und Notunterkünften. Schenken Sie den Menschen Hoffnung und Perspektive. Jetzt - mit Ihrer Spende!



Spendenkonto: DE62 3702 0500 0000 1020 30
Online unter: www.Aktion-Deutschland-Hilft.de



Aktion Deutschland Hilft
Bündnis deutscher Hilfsorganisationen



Hitlergruß im Reichstag

Der Bundestag hat eine eigene Polizei, die mit rund 200 Beamt*innen das Parlament schützen soll. Recherchen der taz zeigen: Da gibt es ein Problem

Aus Berlin **Kersten Augustin** und **Sebastian Erb** (Text) und **Oliver Sperl** (Illustration)

Bewaffnete Demonstrant*innen stürmen den Bundestag in Berlin. Sie brechen in Büros ein, durchwühlen Dokumente, suchen nach Abgeordneten, die sich zwischen den Sitzreihen verstecken.

Klingt unrealistisch? In den USA ist genau das passiert: Am 6. Januar drangen Rechtsextreme ins Kapitol ein.

In der deutschen Hauptstadt kam es Ende August vergangenen Jahres nicht so weit, als ein paar hundert Menschen auf die Treppen des Reichstagsgebäudes stürmten, über denen der Schriftzug „Dem Deutschen Volke“ steht. „Das Haus der Deutschen besetzen“, hatten sie vorher in Chatgruppen geschrieben, und: „Diese Wischer da drinnen aufhängen, wenn es nach mir gehen würde.“

Nur drei Streifenpolizisten stehen zwischen dem Mob und der Glastür, so sieht man es in Handyvideos. Zwei Meter dahinter sitzt ein Pförtner in einem Glaskasten, vor ihm ein weißer Kippschalter und ein roter Knopf. Er könnte die Tür zum Reichstagsgebäude jetzt öffnen, wenn er wollte.

Der Bundestag braucht Schutz. Aber wer sind die Personen, die ihn schützen?

Die taz hat mit einem Dutzend aktuellen und ehemaligen Beamt*innen der Bundestagspolizei und weiteren Personen gesprochen, die für die Sicherheit im Parlament zuständig sind. Wir sind auf eine Gefahr von innen gestoßen. Auf Reichsbürger in Uniform, die das Parlament schützen sollen, aber glauben, dass die Bundesrepublik nicht existiert. Auf Coronaleugner und Rassisten, die Namibia noch heute als Deutsch-Südwestafrika bezeichnen. Auf Pförtner*innen, die aktuell für die AfD-Fraktion arbeiten und bald wieder an einem der Eingänge sitzen könnten.

Es geht dabei auch um rechte Memes in dienstlich genutzten Chatgruppen. In einem weiteren Fall soll ein Beamter im Pausenraum der Bundestagspolizei den Hitlergruß gezeigt haben.

Doch wir sind nicht nur auf Rechtsextremismusfälle gestoßen, denen bislang offenbar niemand nachgegangen ist. Je länger wir uns mit der Polizei des Bundestags beschäftigen, desto stärker bekommen wir den Eindruck: Das ist eine Organisation, die sich verselbstständigt hat. In der Parlamentspolizei mit ihrer historischen Sonderstellung mischen sich eine gute finanzielle Ausstattung mit regelmäßiger Unterforderung im Alltag.

Das führt beispielsweise dazu, dass die Polizei des Bundestags Scharfschützengewehre angeschafft hat, die sonst nur ein SEK besitzt. Und eine mysteriöse Spezialeinheit gegründet hat, die öffentlich noch nie erwähnt wurde und von der selbst im Bundestag kaum einer weiß.

Bundestagspolizei

Der Bundestag ist der kleinste Polizeibezirk der Republik, rund 200 Beamt*innen arbeiten hier. Sie sind ausschließlich für die Liegenschaften des Bundestags verantwortlich. Die Bundestagspolizei untersteht dem Bundestagspräsidenten, Wolfgang Schäuble von der CDU. Nur mit seiner Zustimmung dürfen Beamt*innen in den Parlamentsgebäuden Personen festnehmen oder Büros durchsuchen. Die Polizei des Landes Berlin oder die Bundespolizei sind nicht zuständig, so will es das Grundgesetz. Die Idee ist gut: Im Falle eines Staatsstreichs soll das Parlament nicht schutzlos sein. Das bedeutet aber auch: Es muss sich im Zweifelsfall selbst schützen können.

Nach dem versuchten Reichstagssturm und dem Sturm des US-Kapitols hat Schäuble angekündigt, die Sicherheit des Bundestags zu verbessern. Die Berliner Landespolizei hat ihre

Präsenz vor dem Gebäude verstärkt. Die Bundestagspolizei arbeitet jedoch weiter wie vorher, erfahren wir in mehreren Gesprächen mit Polizist*innen, Abgeordneten und Vertreter*innen der Bundestagsverwaltung.

Michael R. war früher bei den Reichsbürgern, dann trat er der AfD bei

Dabei gibt es Beamt*innen, bei denen man als Dienstherr genauer hinschauen müsste. Da wäre etwa der Polizist Michael R. 2014 wird er stellvertretender Bundesvorsitzender der Splitterpartei „Deutsche Nationalversammlung“. Es ist eine Reichsbürgerpartei, die das Grundgesetz nicht anerkennt. Unter dem Motto: „Achtung! Wachablösung! Das Grundgesetz geht – Die Verfassung kommt! Für ein souveränes Deutschland!“ demonstrierte die Partei damals vor dem Reichstag, für dessen Schutz Michael R. zuständig ist.

Im Pausenraum der Polizei im Bundestag lag einmal

ein Flyer aus, der der taz vorliegt. Es ist ein Flyer der Preußischen Gesellschaft, einer nationalistischen Vereinigung, die Deutschland „geistig erneuern“, „Überfremdung stoppen“ und einen „Freistaat Preußen“ errichten will. Michael R. habe ihn dort verteilt, sagt ein Kollege von ihm. Er habe eine Zeit lang versucht, Mitstreiter anzuwerben, sagt ein anderer. Er hat zudem nach Aussage eines Kollegen rechte Memes im Chat seiner Dienstgruppe gepostet. Im Pausenraum habe R. seine Thesen wiederholt: Er sei kein Bürger der BRD, es habe keinen Einigungsvertrag gegeben. Deutschland sei kein Staat, sondern eine GmbH.

Irgendwann nach dem Vorfall mit dem Flyer bekommt R. Ärger von Vorgesetzten. Auf taz-Anfrage teilt die Pressestelle des Bundestags mit: Gegen den Polizeibeamten wurde 2019 ein Disziplinarverfahren eingeleitet, weil er sich verfassungswidrig geäußert haben soll. Der Verdacht habe sich nicht bestätigt, das Verfahren wurde eingestellt.

Michael R. ist jetzt Polizeiobermeister und arbeitet immer noch im Bundestag. Die Reichsbürgerpartei ist nicht mehr aktiv, dafür ist R. der AfD beigetreten. Bei Facebook gefällt ihm die German Defence League, Pegida

und „Keine weiteren Asylantenheime in Deutschland“, er ist Mitglied der Gruppen „Patrioten Brandenburg-Preussen“ und „Weltweiter Widerstand“.

Michael R. wohnt in einer Neubausiedlung in Brandenburg. Als wir klingeln, ist er überrascht und aufgebracht, dass wir bei ihm zu Hause das Gespräch suchen. Inhaltlich sagt er nichts, aber er fragt nach unseren genauen Namen. Dann sagt er spöttisch, dass er mal nachschauen werde. „Wir haben da ja unsere Computer.“

Michael R. ist nicht der einzige problematische Polizist in den Reihen der Bundestagspolizei. In Chats wurden in den vergangenen Jahren zweifelhaftes Inhalte geteilt. Ein Meme aus einer Chatgruppe, das der taz gezeigt wurde, zeigt Bundeskanzlerin Angela Merkel mit einem Hundekopf. „Die Kanzlerin wurde geimpft. Keine Nebenwirkungen, sagt der Gesundheitsminister“. In anderen Memes wurde laut Aussagen mehrerer Polizist*innen Merkel als Verräterin bezeichnet oder es wurde gegen Minderheiten gehetzt. Ein Polizist erinnert sich an ein Bild in einem Chat mit einem Gewehr und einem Gewaltaufwurf gegen Schwarze Menschen: „Springt der N**** wild herum, schalt’ auf Automatik um“. Er

40

Der Art. 40 Abs. 2 GG überträgt das Hausrecht und die Polizeigewalt im Parlament dem Bundestagspräsidenten

Quelle: Grundgesetz

210

Polizist*innen arbeiten bei der Bundestagspolizei – dem kleinsten Polizeibezirk Deutschlands

Quelle: www.bundestag.de

war so entsetzt, dass er das Bild damals einer Person zeigte, die uns das ebenfalls bestätigt. Ein anderer Polizist erinnert sich im Gespräch mit der taz an ein Bild mit dem Schriftzug: „Dem Führer hätte das nicht gefallen“ und an antisemitische Witze, etwa, wie viele Juden in einen Aschenbecher passen würden. Nicht alle dieser Chatinhalte dürften strafrechtlich relevant sein, sie könnten aber disziplinarrechtliche Konsequenzen haben. Und sie weisen auf eine fragwürdige Polizeikultur hin.

„Am Ende“, sagt ein Bundestagspolizist, „sind wir die mit den Knarren im Haus.“ Und: „Es ist wie bei Troja: Wer hat den Schlüssel zur Tür?“

Eine Recherche in den Reihen der Polizei ist nie leicht, so auch in diesem Fall. Viele Beamt*innen wollen nicht mit der Presse sprechen, anderen ist angeblich nie etwas Problematisches aufgefallen. Die, die Probleme thematisieren, haben Angst vor Konsequenzen und äußern sich nur, wenn ihre Identität geschützt bleibt.

Aus den Äußerungen dieser Polizist*innen geht hervor, dass auch außerhalb von Chatgruppen rassistische Bezeichnungen wie „Kanacke“, „N****“ oder „Schwarzkopf“ bei der Polizei des Bundestags alltäglich sind. Besonders schlimm sei es nach dem Sommer 2015 geworden, als viele Geflüchtete nach Deutschland kamen. Im Pausenraum hätten Polizisten Flüchtlinge als Terroristen bezeichnet. Bei der Arbeit zeigten einige Kolleg*innen ihre Missachtung für die Bundesregierung und Sympathien für die AfD. Mehrere Bundestagspolizisten sollen an Demonstrationen der rechtsextremen Organisation Pegida teilgenommen haben, berichten aktuelle und ehemalige Polizist*innen. „Es gibt einige Polizisten, die das im Pausenraum nicht mitanhören wollen, die nehmen sich ihre Stulle und essen die auf der Leitstelle“, sagt einer von ihnen.

Ein Beamter, der sich laut Aussage mehrerer Polizisten regelmäßig rassistisch äußert, ist ein Polizeihauptmeister und Mitglied einer Reservistenkameradschaft. Und bei Äußerungen soll es nicht geblieben sein. Er habe mehrfach den Pausenraum im Reichstagsgebäude betreten und dabei zur Begrüßung den Hitlergruß gezeigt, sagt ein Polizist, der damals nach eigenen Angaben im Raum war. Er habe dabei die Hacken zusammenschlagen und die Radiostimme von Adolf Hitler imitiert. Wir rufen bei zwei Polizisten an, die im Raum gewesen sein sollen. Beide reagieren nervös, dementieren den Hitlergruß nicht und brechen das Gespräch ab. Der Polizeihauptmeister sagt am Telefon, er schaue gerade eine Doku über Treblinka und Auschwitz, „ich würde so etwas nie tun.“ Er dementiert rassistische Äußerungen, er habe „genügend Freunde, die schwarze Hautfarbe haben“.

Nachdem die von der taz befragten Polizisten ihre Vorgesetzten über den taz-Anruf informierten, hat die Bundestagsverwaltung disziplinarische Vorermittlungen wegen des mutmaßlichen Hitlergrußes eingeleitet. Der Polizeihauptmeister und die beiden anderen Polizisten stritten den Vorfall ab

und die Angelegenheit wurde zu den Akten gelegt.

Ein ehemaliges Mitglied des Personalrats im Bundestag bestätigt, dass sich Polizisten bei ihm über rechte Sprüche beschwert haben. „Das ist mir nicht neu“, sagt er. „Einzelne haben mir das berichtet, das war aber kein Anlass für mich, das zu objektivieren.“

Er ist mit dieser Haltung nicht allein. Leitende Beamte der Bundestagspolizei haben in den vergangenen Jahren keinerlei Fortbildungen zu politischem Extremismus besucht. Nur zwei Polizisten des mittleren Dienstes besuchten auf eigene Initiative mehrtägige Fortbildungen zu islamistischem Terrorismus und Linksextremismus.

Hat die Verwaltung des Bundestags die Gefahr von rechts jahrelang nicht ernst genommen?

Die Pressestelle des Bundestags antwortet auf taz-Anfrage, man handle bei rechtsextremen Verdachtsfällen „klar und konsequent“. Eine verdachtsunabhängige Überprüfung finde jedoch nicht statt. Seit 2013 habe es insgesamt drei Fälle gegeben, die sich aber nicht bestätigt hätten. Von den Fällen, die von der taz recherchiert wurden, fällt nur der Hitlergruß darunter. Er wurde aber erst im Zuge der Recherche im Bundestag Thema. Bundestagspräsident Schäuble wollte sich auf Anfrage nicht äußern.

Im Präsidium des Bundestags – dem Leitungsgremium, das der Bundestagspräsident mit seinen Stellvertreter*innen bildet – waren mögliche Bedrohungen lange Zeit kein Thema. Nach dem versuchten Sturm auf das Reichstagsgebäude ging es vor allem um die Frage, warum die Demonstrant*innen von der

Berliner Polizei so unterschätzt wurden. Bundestagspräsident Schäuble traf sich mit Bundesinnenminister Horst Seehofer und Berlins Innensenator Andreas Geisel, um die Zusammenarbeit mit Bundes- und Landespolizei zu verbessern. Um mögliche Gefährdungen des Bundestags von innen ging es nicht.

Das änderte sich im vergangenen November. Eine rechte Aktivistin, die als Gast eines AfD-Abgeordneten in den Reichstag gekommen war, bedrängte Wirtschaftsminister Peter Altmaier (CDU) vor einem Aufzug. Bemängelt wurde intern, dass in der Nähe stehende Polizisten nicht eingeschritten waren.

„

Am Ende sind wir die mit den Knarren im Haus“, sagt ein Bundestagspolizist. „Es ist wie bei Troja: Wer hat den Schlüssel zur Tür?“

Die Aktion hatte Konsequenzen, allerdings nicht für die Polizei, sondern für die Abgeordneten: Sie müssen nun die Namen ihrer Gäste hinterlegen.

Nach dem Sturm auf das US-Kapitol waren viele deutsche Abgeordnete geschockt. Sie hatten live verfolgt, wie ihre amerikanischen Kolleg*innen sich vor dem Mob verstecken mussten, ihre Büros durchsucht wurden. Wie Demonstranten Selfies mit Polizisten machten. Könnte so etwas auch hier passieren?

Der Referatsleiter, der für die Bundestagspolizei zuständig ist, verneinte das im Ältestenrat und gegenüber den Sicherheitsbeauftragten der Fraktionen. Die Abgeordneten kennen

höchstens zwei ältere rechtsextreme Verdachtsfälle in den Reihen der Bundestagspolizei: In einem geht es um einen Polizisten, der eine Motorradkutte mit eisernem Kreuz getragen haben soll. Im anderen um einen Polizisten, der in einer problematischen Chatgruppe erwähnt worden sein soll. In beiden Fällen sind die Polizisten nach einer Überprüfung weiter im Dienst. Weder der Flyer im Pausenraum noch andere von der taz recherchierte Fälle wurden den Abgeordneten genannt.

Immer wieder gibt es Berichte über rechtsradikale Chatgruppen in Polizeibehörden. Doch bei der Bundestagspolizei

die „Hausinspektion“, dann Ordnungsdienst genannt. Erst nach dem RAF-Terror in den 1970er Jahren durften die Beamten Gewahrsamnahmen durchführen. 1989 benannte die damalige Bundestagspräsidentin Rita Süßmuth sie in „Polizei- und Sicherheitsdienst“ um.

Mit dem Umzug nach Berlin 1999 hatte die Polizei ein Personalproblem, weil viele Beamte in Bonn bleiben wollten. „Wir haben dann jeden genommen“, sagt ein leitender Polizist. Die Landes- und Bundespolizei hätten ihre Akten frisiert, um „Problemfälle“ an die Bundestagspolizei loszuwerden. Einer der Problemfälle sei in den An-

diese „Bleibepflicht“ beschwert. Sie erhielt keine Antwort. Wenn die Unzufriedenheit vieler Polizisten auf so wenig Interesse stößt, was bedeutet das für andere, gravierendere Probleme?

Man gewinnt den Eindruck, dass die Bundestagspolizei in einem Dilemma gefangen ist: Im Alltag ist sie viel mit Aufgaben beschäftigt, die auch private Security-Mitarbeitende erledigen könnten. Aber im Ernstfall soll sie das deutsche Parlament vor Terrorist*innen schützen.

Die Spezialeinheit

Zu diesem Dilemma passt, dass die Bundestagspolizei eine Art Spezialeinheit gegründet hat, über die öffentlich bislang nichts bekannt ist: Das „Team besondere Aufgaben“, eine Gruppe von etwa einem Dutzend Polizist*innen zur „Bewältigung von polizeilichen Lagen mit hohen physischen und psychischen Belastungen“, wie es in einem internen Dokument heißt, das der taz vorliegt. Mehrmals im Jahr fahren Teammitglieder zu Lehrgängen, unter anderem zur Bundeswehr ins bayerische Altdorf und nach Pfullendorf, wo sonst Fallschirmjäger und KSK-Soldaten ausgebildet werden.

Anfangs wussten nicht mal alle leitenden Polizeibeamten vom „Team besondere Aufgaben“ und auch nicht die Mitglieder des Bundestagspräsidiums. Dabei sind es der Bundestagspräsident und seine Stellvertreter*innen, die im Ernstfall der Polizei die Anweisungen geben.

Die ausgewählten Polizist*innen trainierten Hindernisläufe, Trockenübungen für den Fallschirmsprung, Abseilen über eine Schlucht. „Das war 'ne Lachnummer“, sagt ein ehemaliger Teilnehmer. Er habe sich gefühlt wie in einem schlechten Hollywoodfilm. Der damalige Teamleiter, mit dicker Zigarre im Mund und einer Hand am Stock, habe sich aufgespielt „wie Hannibal vom A-Team“, der US-Fernsehserie. Das Team habe Jumpsuits getragen mit einem eigens angefertigten Abzeichen. Manche Kolleg*innen spotten, dass die jetzt wieder „GSG 6 1/2“ spielten.

Nun könnte man die Gründung einer Spezialeinheit begrüßen: Die Bundestagspolizei stellt sich der neuen Bedrohung durch den Terrorismus. Oder man sieht darin eine Beschäftigungstherapie für unterforderte Polizist*innen, die bei einem Terrorangriff auch nicht viel ausrichten können. Denn da nur zwei bis drei Personen pro Dienstgruppe Teil des Teams sind, wären bei einem Anschlag wohl nie genug von ihnen da. Es gebe im Bundestag auch gar nicht genügend geeignete Beamt*innen, sagt ein Polizist. Es könnte gefährlich werden, wenn die Bundestagspolizei bei einem Angriff ihre Fähigkeiten überschätzt und nicht sofort das SEK ruft. „Die werden ins Feuer geschickt.“

Die Pressestelle des Bundestags spielt die Bedeutung des „Team besondere Aufgaben“ herunter. Hintergrund der Gründung im Jahr 2015 seien die „Amoktaten in Erfurt und Emsdetten“, die zu diesem Zeitpunkt allerdings schon 13 und 9 Jahre

Fortsetzung auf Seite 22



3 rechtsextreme Verdachtsfälle gab es bei der Bundestagspolizei seit 2013. Keiner habe sich bestätigen können. Es finde keine verdachtsunabhängige Überprüfung statt

Quelle: Pressestelle des Bundestags

49 hessische Polizeibeamte waren Teil einer rechtsextremen Chatgruppe. 13 dieser Beamten waren beim Anschlag von Hanau im Einsatz

Quelle: Hessischer Innenminister Peter Beuth (CDU)

Fortsetzung von Seite 21

zurückliegen. Das Team habe keine „Aufgaben, die mit solchen von SEK oder GSG9 vergleichbar sind“.

Doch taz-Recherchen zufolge lagerten oder lagern im Keller des Bundestags Waffen, die zur Ausstattung eines SEK passen. Das bestätigen ein halbes Dutzend Polizisten. Sie nennen nur eine unterschiedliche Anzahl, die Angaben reichen von zwei bis sechs Gewehren vom Typ SG1, Präzisionsschützengewehre von Heckler & Koch, einsetzbar für Entfernungen bis 600 Meter. Polizisten wurden durch die Republik geschickt, um Munition dafür zu besorgen. Ein Beamter sagt, dass die Waffen bei Wettkämpfen benutzt wurden.

Anders als in anderen Polizeibehörden beschwert sich im Bundestag niemand über eine schlechte Ausstattung. Die Nähe zum Haushaltsgesetzgeber sorgt offenbar dafür, dass alle Wünsche erfüllt werden. Es gibt gute Schutzausrüstung, die modernsten Maschinenpistolen und genug Munition für Schießtrainings.

Aber wofür braucht ein Polizeibezirk, der offiziell keine Spezialeinheit hat und nur die engen Flure und Innenräume des Bundestags beschützt, mehrere Scharfschützengewehre?

Die Bundestagspressestelle behauptet zunächst, dass die Bundestagspolizei niemals über Scharfschützengewehre verfügt habe. Denn: „Bei der Bundestagspolizei sind und waren in der Vergangenheit keine Scharfschützen eingesetzt.“ Auf Nachfrage korrigiert man sich: Es gebe keine „Verwendung von sogenannten Scharfschützengewehren im Dienstalltag“. Zu den Waffen mache man aus Sicherheitsgründen keine weiteren Angaben.

Der Pförtner

Die Bundestagspolizei ist nicht allein für die Sicherheit der Abgeordneten verantwortlich: Auch mehrere hundert Pförtner*innen und Security-Mitarbeitende entscheiden darüber, wer das Parlament betreten darf.

An jenem Westeingang, an dem im vergangenen Sommer

die Demonstrant*innen den Reichstag stürmen wollten, arbeitet seit mehr als zehn Jahren ein Pförtner, der laut Aussagen von mehreren Polizisten „offensichtlich rechtsextrem“ ist.

Er ist Mitarbeiter der Firma Piepenbrock, einer externen Sicherheitsfirma. Auf seinem Computer lese er rechte Schriften. Über Schwarze sage er: „Die stinken doch alle.“ Er erzähle von Messerkriminalität, die er angeblich auf seinem Arbeitsweg erlebe. Für afrikanische Länder benutze er die alten Kolonialbezeichnungen wie Deutsch-Südwestafrika. Er erzähle, dass er in seinem Haus am Waldrand weitgehend autark lebe und große Vorräte angelegt habe. „Er sitzt am Knopf und kann entscheiden, ob die Tür zubleibt oder aufgeht“, sagt ein Polizist.

In der vergangenen Woche sprechen wir eben jenen Pförtner in seinem Glaskasten an. Am Eingang West ist nicht viel los, noch kommen wegen Corona keine Gruppen zu Besuch. Er bestätigt uns, dass er am Tag des versuchten Reichstagssturms im Dienst gewesen sei. Aber er sagt: „Die wollten gar nicht rein.“ Erklären will er diese Aussage nicht. Und als wir mit ihm über seine politischen Ansichten sprechen wollen, schiebt er die Glastüre zu. „Ich muss jetzt wieder meine Außenkontrolle

machen.“ Piepenbrock wollte sich auf Anfrage dazu nicht äußern.

Es gibt mindestens zwei weitere Pförtner*innen, die ein Sicherheitsproblem darstellen könnten. Sie sind aktuell von ihrer Arbeit beurlaubt, um für die AfD-Fraktion zu arbeiten. Doch Mitarbeiter der Bundestagsverwaltung können prinzipiell auf ihre ursprüngliche Position zu-

Ein Piepenbrock-Mitarbeiter über Schwarze: „Die stinken doch alle“

rückkehren. Das könnte schon im Herbst passieren, falls die AfD bei der Bundestagswahl weniger Mandate erringen sollte und weniger Posten zu vergeben hätte.

Einer der Pförtner*innen ist Patrick S. Er leitet heute den Fraktionsdienst der AfD und sitzt für die Partei in einer Gemeindevertretung in Brandenburg. Seinen Facebook-Freund*innen wünscht er zu Weihnachten ein „schönes Julfest“ und „Hail und Segen den alten Göttern!“ Er empfiehlt politi-

schen Gegnern „Suizid gegen Rechts“. Auf seinem Facebook-Profilbild ist ein Kampfmesser zu sehen, das auf einem Bundeswehr-Barett liegt.

Auch in anderen Fraktionen arbeiten zeitweise Mitarbeiter*innen der Bundestagsverwaltung. Doch was bei anderen Parteien ein normaler Vorgang ist, wird bei einer Partei zum Problem, die zumindest in Teilen rechtsextrem und vom Verfassungsschutz als Verdachtsfall eingestuft worden ist.

Was, wenn jene Pförtner*innen bald wieder entscheiden, wer in den Bundestag kommt und wer nicht? Was passiert bei der nächsten Demonstration vor dem Reichstag, die von der Fraktion, für die sie jahrelang gearbeitet haben, unterstützt und aufgehetzt wird?

Aber die Pförtner*innen sind nicht die einzigen AfD-Mitarbeitenden mit für den Bundestag sensiblem Wissen und Kontakten: Auch ein Bundestagspolizist arbeitet jetzt für die AfD-Fraktion, genauso wie ein Sachbearbeiter aus der Personalverwaltung. Er war zuständig für die Bundestagspolizei, hatte Zugriff auf die Personalakten von Polizist*innen. Austausch kann er sich bei seiner neuen Arbeit mit Philipp Runge, der lange beim Besucherdienst des Bundestags arbeitete und

nun Geschäftsführer der AfD-Fraktion ist.

Besucherdienst

Auch unter Runges alten Kolleg*innen finden wir Mitarbeitende, bei denen Zweifel bestehen, ob sie geeignet sind, die parlamentarische Demokratie zu repräsentieren. Es geht um den Besucherdienst, der für die Führungen im Haus zuständig ist, für Besuchergruppen von Abgeordneten und Tourist*innen. Wenn nicht gerade eine Pandemie umgeht, bietet der Besucherdienst zweimal wöchentlich ein Spiel für Besucher*innen an: „Parlamentarische Demokratie spielerisch erfahren“.

Seit der Gründung des Besucherdienstes arbeiten hier Mitglieder der Berliner Burschenschaft Gothia, bei der auch mal der Holocaust-Leugner Horst Mahler als Referent eingeladen wurde. Einer von ihnen ist Mitglied der Facebook-Gruppe: „Wir Deutsche rufen Georg Friedrich von Preußen zum Deutschen König aus“. Sein Profilbild kommentiert ein Freund mit: „Oho der neue aus Deutsch-Südwestafrika Attaché a.D. Von und zu M.“ Ihm gefällt das.

Andere Mitarbeitende des Bundestags haben Bezüge zur Querdenken-Bewegung. Die Coronaleugner*innen hatten

die Demonstration im vergangenen August organisiert, aus der heraus versucht wurde, den Reichstag zu stürmen. Teile dieses Milieus werden inzwischen vom Verfassungsschutz beobachtet. Aber ihre mutmaßlichen Gesinnungsgenoss*innen in der Bundestagsverwaltung hat offenbar niemand auf dem Schirm.

Das sind Leute wie Thilo S., der heute in der Abteilung Information und Kommunikation arbeitet. Vorher arbeitete er viele Jahre als Bundestagspolizist, später als Leiter des Einlasskontrolldienstes. Seinen Polizeititel trägt er bis heute. S. ist Mitglied in Querdenkerforen, bei Facebook unter anderem in der Gruppe „Corona-Rebellen“. Kollegen bezeichnen ihn als „Maskenverweigerer“. In der Gruppe „Mund auf trotz Mundschutz“ kommentiert er einen Post mit: „Stasi 2.0, armes Deutschland“. S. ruft zur Teilnahme an Querdenken-Demos auf. Und: S. nahm an der Querdenken-Demonstration teil, die im versuchten Reichstagssturm gipfelte.

Am Telefon erzählt Thilo S., er sei zu den Demos von Querdenken gegangen, weil er der Mainstreampresse nicht mehr vertraue. Den versuchten Reichstagssturm fand er „saublöd“. Der sei aber nicht von Querdenken ausgegangen, sondern von Reichsbürgern. „Wenn ich an dem Tag Dienst gehabt hätte, hätte ich alles dafür getan, die daran zu hindern, reinzukommen.“ Er sieht kein Problem darin, dass er als Polizeibeamter an der Demo teilnahm, solange diese nicht verboten sei. Das sei seine Privatsache.

Für Anfang Juli rufen Initiativen aus dem Querdenken-Spektrum wieder zu einer Demo am Brandenburger Tor auf. „Eure letzte Chance“, heißt es in einem Mobilisierungsvideo, auf dem Szenen früherer Proteste zu sehen sind. „Widerstand heißt, dorthin zu laufen“, sagt ein Redner in dem Video und zeigt Richtung Reichstag, und zur Polizei sagt er: „Schließt euch an!“

Kersten Augustin ist Redakteur der taz am wochenende.

Sebastian Erb ist Reporter im taz-Investigativ-Ressort.



99

Prozent der Mitarbeiter in den Sicherheitsbehörden „stehen fest auf dem Boden des Grundgesetzes“. Das bedeute: „kein strukturelles Problem mit Rechtsextremismus“

Quelle: Innenminister Horst Seehofer (CSU)

50

offizielle Beschwerden gab es im letzten Jahr wegen Diskriminierung gegen die Berliner Polizei. Viele wegen Rassismus. 5 wurden als (teilweise) berechtigt anerkannt

Quelle: „Tagesspiegel“. LADG Ombudsstelle

taz FUTURZWEI
Magazin für Zukunft und Politik
www.tazfutura.de €7,90

VOLL AM ARSCH

GENERATION CORONA

GENERATION CORONA

Sind die Jungen die großen Verlierer der Corona-Pandemie?

Mit Isolde Charim, Lorraine Hellwig, Klaus Hurrelmann, Zino I., Diana Kinnert, Wolf Lotter, Jagoda Marinić, Jean Peters, Johannes Vogel und Harald Welzer.

Vier Ausgaben für 30 Euro:

tazfutura.de/abo
futura.abo@taz.de
T (030) 25 902 200

FUTURZWEI-Abo-Prämie

Limitierter Siebdruck auf Bio-Baumwollrucksack gestaltet von Donata Kindesperk für taz FUTURZWEI

Magazin für Zukunft und Politik

„Auch die Herzkammer ist nicht immun“

Rechtsextreme in der Bundestagspolizei:
Vizepräsidentin Claudia Roth fordert Konsequenzen

Interview **Kersten Augustin**
und **Sebastian Erb**

taz: Frau Roth, nachdem die taz über Rechtsextremismus in der Bundestagspolizei berichtet hat, sind viele Abgeordnete beunruhigt. Was sagen Sie ihnen: Sind sie im Parlament sicher?

Claudia Roth: Die beschriebenen Fälle müssen uns wirklich zu denken geben. Wir sind die Herzkammer der Demokratie in diesem Land. Und deshalb muss bei uns eine besondere Verantwortung herrschen. Aber diese Recherche zeigt, auch unsere Herzkammer ist nicht immun.

Gerade mal 200 Stellen hat die Polizei im Bundestag. Da sollte es möglich sein, die Personen sorgfältig auszuwählen und zu überprüfen.

Wenn Polizist*innen in Verdacht geraten, rechtsextrem zu sein, ist das eine Gefahr, egal wo sie arbeiten. Aber im Bundestag darf es erst recht nicht den Hauch eines Verdachts geben, dass Polizeibeamte, Mitarbeitende an den Pforten oder im Besucherdienst verfassungsfeindliche Tendenzen haben. Sie müssen überzeugte Demokratinnen und Demokraten sein. Wir brauchen jetzt eine umfassende, verdachtsunabhängige Untersuchung. Man kann nicht mehr nur von Einzelfällen sprechen.

Wer kann eine solche Untersuchung durchführen?

Ich plädiere für eine externe Untersuchung, eine unabhängige Studie. Das ist wichtig, um Glaubwürdigkeit und Transparenz herzustellen. Und damit einhergehen müssen Empfehlungen, welche Strukturen geändert werden sollten. Es sind jetzt so viele Fragezeichen entstanden. Wir müssen etwa klären, wie Leute überprüft werden, wenn sie beispielsweise von der Arbeit in der AfD-Fraktion zurück in die Verwaltung wechseln. Auch der Personalrat muss sich fragen lassen, warum er keine Notwendigkeit gesehen hat, dranzubleiben, wenn ihm rechtsradikale Sprüche geschildert werden. Und Vorfälle müssen gemeldet werden können, ohne Angst vor Konsequenzen. Ein unabhängiger Polizeibeauftragter ist überfällig.

Wurde das Problem mit Rechtsextremismus in den Reihen der Polizei unterschätzt?

Ich will niemandem in der Verwaltung unterstellen, dass sie weggucken würden, schon gar nicht dem Direktor des Bundestags und dem Bundestagspräsidenten. Aber ich glaube, es wurde möglicherweise unterschätzt. Es ist passiert, was insgesamt in Deutschland ein Problem ist, wo auch der Innenmi-

nister mauert. Man redet von Einzelfällen und verweigert sich einer umfassenden wissenschaftlichen Untersuchung. Ein Hitlergruß ist kein Witz. Es kann nicht sein, dass Reichsbürger in der Polizei arbeiten. Oder dass von Polizist*innen zu Querdenken-Demos aufgerufen wird. Es ist jetzt allerhöchste Zeit: Wir müssen Transparenz schaffen. Auch im Sinne aller Polizist*innen, die fest auf dem Boden unseres Grundgesetzes stehen.

Die Bundestagspolizei untersteht dem Bundestagspräsidenten, aber sie ist in der Hierarchie weit weg von der politischen Führung des Parlaments.

Es muss der Frage nachgegangen werden, ob die Durchlässigkeit von Informationen gegeben ist. Es darf nicht sein, dass sich die Bundestagspolizei womöglich verselbstständigt hat. An dieser Stelle passt eine alte grüne Forderung: Die Bundestagspolizei braucht ein eigenes Polizeigesetz. Sie arbeitet bisher auf Grundlage von Artikel 40, Absatz 2 des Grundgesetzes in Verbindung mit einer Dienst-anweisung oder der Hausordnung. Bislang fehlt eine gesetzliche Regelung, welche Aufgaben und Befugnisse sie hat. Es müsste dann auch festgehalten werden, wie eine mögliche Spezialinheit aufgestellt ist.

Es scheint nicht mal klar zu sein, wie viele rechtsextreme Verdachtsfälle es offiziell gab. Und alle wurden recht schnell zu den Akten gelegt. Gibt es da ein Führungsproblem?

Die Polizeiführung muss sich in jedem Fall erklären. Es braucht eine Kultur, wo Hinweisen selbstverständlich und intensiv nachgegangen wird. Wenn Polizist*innen Angst vor Konsequenzen haben, weil sie Verdachtsfälle melden, dann ist das auch ein Führungsproblem.

Wie sollten die einzelnen Polizist*innen agieren?

Wenn sich jemand menschenfeindlich äußert, dann muss man sich einmischen. Nestbeschmutzer*innen sind nicht die, die Fehlverhalten melden, sondern die mit den verfassungsfeindlichen Tendenzen. Es darf in unserem Haus keine Kultur der Angst geben.



Foto: Stefan Bureiss

Claudia Roth
66, Grüne, ist seit 2013 Vizepräsidentin des Bundestags.

Rechtsextreme in der Bundestagspolizei

Die taz-Recherche: Am Wochenende hatte die taz berichtet, dass sich ein Bundestagspolizist in einer Reichsbürgerpartei engagiert, die das Grundgesetz ablehnt. Ein anderer Beamter soll zu einer „Querdenken“-Demo aufgerufen, ein dritter in einem Pausenraum mehrfach den Hitlergruß gezeigt haben. In Chatgruppen von Bediensteten gab es rechtsextreme Inhalte.

Die Reaktionen: Parlamentspräsident Wolfgang Schäuble (CDU) sagte, man werde allen Fällen „klar und konsequent“ nachgehen. Auch Abgeordnete reagierten besorgt. Jan Korte, Geschäftsführer der Linksfraktion, verlangte eine Befassung im Ältestenrat: „Ich erwarte eine schonungslose Aufarbeitung in der kommenden Sitzungswoche.“ (taz)



Außen sauber, drunter extrem? Dem Verdacht gegenüber Polizisten des Bundestags wird nun nachgegangen
Foto: Michael Kappeler/dpa/picture alliance

Schäuble will mit Polizisten sprechen

Nach der taz-Recherche zu Rechtsextremismus bei der Bundestagspolizei kündigt Wolfgang Schäuble Maßnahmen an

Von **Kersten Augustin** und **Sebastian Erb**

Nachdem die taz rechtsextreme Vorfälle in der Bundestagspolizei aufgedeckt hat, kündigt Bundestagspräsident Wolfgang Schäuble (CDU) Maßnahmen an. Künftig soll es eine Ansprechperson geben, an die sich Mitarbeiter*innen vertraulich wenden und Hinweise auf extremistische Vorfälle geben können. Zudem soll es verpflichtende Schulungen für Bundestagspolizist*innen geben. Das war in der Vergangenheit nicht der Fall. Über die Maßnahmen hatte zuerst tagesschau.de berichtet.

Schäuble teilte auf Anfrage mit, den Verdachtsmomenten werde nachgegangen, die Untersuchungen dauerten an. „Eine Vorverurteilung unserer Polizistinnen und Polizisten, die für die Sicherheit unseres Parlaments sorgen, ist fehl am Platze.“ Nach derzeitigem Stand habe sich keiner der Vorwürfe als haltbar erwiesen. Auf konkrete Rückfragen zu den Verdachtsfällen ging die Pressestelle nicht ein.

Die taz hatte vor einer Woche über mehrere rechtsextreme Vorfälle in der Polizei des Bundestags berichtet, sowie bei den Pförtnern, der externen Sicherheitsfirma Piepenbrock und in der Verwaltung des Parlaments. Am Sonntag hatte die Vizepräsidentin des Bundestags, Clau-

dia Roth, im taz-Interview eine umfassende Untersuchung der Bundestagspolizei gefordert. Man könne „nicht mehr nur von Einzelfällen sprechen“.

Doch diese Haltung wird im Präsidium des Bundestags offenbar nicht von allen Mitgliedern geteilt. Auf taz-Anfrage sagte Bundestagsvizepräsident Wolfgang Kubicki (FDP), er sehe eine verdachtsunabhängige Untersuchung „als Liberaler naturgemäß skeptisch“. Auch die Vizepräsidentin Dagmar Ziegler (SPD) lehnt eine umfassenden Untersuchung der Bundestagspolizei vorerst ab. Solange es keine Anhaltspunkte für strukturelle Probleme gebe, „sollten wir davon ausgehen, dass es sich tatsächlich nur um Einzelfälle handelt“.

Doch die taz hatte nicht nur über Einzelfälle berichtet. In dienstlich genutzten Chatgruppen wurden laut aktuellen und ehemaligen Bundestagspolizist*innen regelmäßig rechtsextreme Inhalte verbreitet. Nach übereinstimmenden Schilderungen sind diskriminierende Sprüche auch in Gesprächen während des Dienstes alltäglich.

Am Montag hat sich auch das Gremium der Sicherheitsbeauftragten der Fraktionen mit dem Bericht der taz befasst. In diesem Gremium werden Abgeordnete aller Fraktionen regelmäßig über mögliche Bedrohungen informiert. Wie die taz erfuhr, kritisierten Mitglieder das Verhalten der für die Polizei zuständigen Referatsleitung.

Sie seien nicht informiert worden, obwohl der Bundestagsverwaltung seit April bekannt sei, dass die taz zu rechtsextremen Verdachtsfällen recherchiere. In der Runde bestätigte die Referatsleitung außerdem, dass die Bundestagspolizei insgesamt sieben Scharfschützengewehre besessen habe. Die Pressestelle hatte das gegenüber der taz zunächst verneint. Das letzte Gewehr wurde demnach erst kürzlich ausgemustert.

Am Donnerstag unterrichtete Bundestagspräsident Schäuble den Ältestenrat über die Vorkommnisse. Schäuble kündigte Gespräche mit Bundestagspolizisten aller Dienstgrade an.

Wie die taz erfuhr, ist jener Kollege, der laut Aussage eines Kollegen im Pausenraum den Hitlergruß gezeigt haben soll, bereits vorher aufgefallen. Im vergangenen Sommer gab es eine disziplinarische Vorermittlung, nachdem der Name des Beamten in einem Chat mit rechtsextremen Inhalten aufgetaucht war. In beiden Fällen habe sich der Verdacht nicht bestätigt. Der Beamte hat bestritten, den Hitlergruß gezeigt zu haben.

Anderungen könnte es auch bei der rechtlichen Grundlage der Parlamentspolizei geben. Sowohl Kubicki als auch Ziegler unterstützen auf taz-Anfrage die Forderung von Roth nach einem Polizeigesetz. Bisher sind die Regeln für die Bundestagspolizei im Grundgesetz, in Dienstabweisungen und in der Hausordnung festgehalten.

nachgehakt

200 Gespräche

Nach einer taz-Recherche gibt es umfangreiche Ermittlungen bei der Polizei im Bundestag

Die Bundestagsverwaltung geht gegen mehrere Polizist:innen der Bundestagspolizei vor. Das ist eine Konsequenz aus taz-Recherchen. Ein Sprecher des Bundestages sagte, man habe „umfangreiche Ermittlungen und Befragungen“ von aktiven und ehemaligen Polizist:innen durchgeführt. Es habe Einzelgespräche mit 200 Personen gegeben. Daraufhin seien „in einzelnen Fällen“ Disziplinarverfahren eingeleitet worden. Eine Zahl wollte der Sprecher nicht nennen, auch nicht, um welche Vorwürfe es sich handelt.

Im Juni berichtete die taz über rechtsextreme Vorfälle bei der Polizei, die für den Schutz des Bundestages zuständig ist. Ein Polizist hat sich in einer Reichsbürgerpartei engagiert, die das Grundgesetz ablehnt. Ein anderer hat zu einer „Querdenken“-Demo aufgerufen, ein dritter soll in einem Pausenraum den Hitlergruß gezeigt haben, was er bestreitet. In dienstlich genutzten Chatgruppen wurden

laut Bundestagspolizist:innen rechtsextreme Inhalte verbreitet. Diskriminierende Sprüche sollen in Gesprächen während des Dienstes alltäglich gewesen sein.

Wie im Juni angekündigt, hat der scheidende Bundestagspräsident Wolfgang Schäuble (CDU) inzwischen ein ausführliches Gespräch mit Bundestagspolizist:innen aller Dienstgrade geführt. Ebenso wurden Fortbildungen zum Thema Extremismus durchgeführt. Es sei vorgesehen, dass nicht nur Polizist:innen, sondern alle Beschäftigten der Bundestagsverwaltung an entsprechenden Schulungen teilnehmen.

Inzwischen gibt es im Bundestag auch eine Ansprechperson, an die sich Mitarbeiter*innen vertraulich wenden und Hinweise auf extremistische Vorfälle geben können.

Nach der Presseanfrage der taz wurden auch die Sicherheitsbeauftragten der Fraktionen über diesen neuen Stand informiert. *Kersten Augustin,*

Sebastian Erb

15 Fragen, kaum Antworten

Nach einer taz-Recherche zu Rechtsextremismus bei der Bundestagspolizei wurde Aufklärung versprochen. Jetzt gibt es einen neuen Sicherheitschef im Parlament. Und der steht politisch selbst rechts außen

Aus Berlin **Kersten Augustin** und **Sebastian Erb**

Fünf Seiten lang ist der Fragebogen, ganz oben auf der Seite prangt der Bundesadler. Die Überschrift lautet: „Verwaltungsermittlungen zum Pressebericht der Tageszeitung (taz)“. Alle Polizist:innen des Bundestags mussten einzeln zum Gespräch erscheinen und 15 Fragen beantworten. Fragen wie: „Existieren Chatgruppen der Kolleginnen und Kollegen?“ oder: „Haben Sie davon gehört, dass jemand den Hitlergruß gezeigt hat?“

Im Juli 2021 hatte die taz eine Recherche über Rechtsextremismus bei der Bundestagspolizei veröffentlicht. Es ging um einen Reichsbürger in Uniform, einen Hitlergruß im Reichstag und rassistische Aussagen in Chatgruppen. Der damalige Bundestagspräsident Wolfgang Schäuble kündigte daraufhin an, den Vorwürfen nachzugehen. Mehr als 200 Beamt:innen wurden seitdem befragt, darunter sogar 30 ehemalige. Das ist ein ungewöhnlich großer Aufwand. Hat die Bundestagsverwaltung die Tragweite des Problems also erkannt?

Wer den Fragebogen und die Ergebnisse der internen Ermittlungen genauer betrachtet, bekommt Zweifel. Und auch eine aktuelle Personalie zeigt, dass es offenbar wenig Interesse daran gibt, sich wirklich mit der Problematik auseinanderzusetzen. Neuer Leiter des Sicherheitsreferats und damit Vorgesetzter aller Polizist:innen im Bundestag wurde nun ausgerechnet ein Beamter, der politisch selbst weit rechts verortet ist.

Öffentlich würde die Verwaltung des Bundestags die Sache am liebsten totschweigen. Die Pressestelle teilt lediglich mit, dass die internen Ermittlungen inzwischen weitestgehend abgeschlossen seien. Zu eingeleiteten Disziplinarverfahren wolle man nichts sagen – Datenschutz.

Doch was die internen Ermittler:innen nach taz-Informationen zusammengetragen haben, zeigt, dass es ein Problem gibt: Es wurden fünf Disziplinarverfahren gegen Bundestagspolizist:innen eröffnet. Bei zwei der betroffenen Beamten sind die Vorwürfe so schwerwiegend, dass sie vom Dienst suspendiert sind. Dabei handelt es sich

um zwei von der taz recherchierte Fälle: einen Polizisten, der Mitglied einer Reichsbürgerpartei war, und einen Beamten, der im Reichstag den Hitlergruß gezeigt haben soll. Gegen diesen hat die Berliner Staatsanwaltschaft nach taz-Informationen ein Ermittlungsverfahren eingeleitet. Zudem wird ein Pfortner eines externen Sicherheitsdienstes, der am Westeingang saß und rassistisch aufgefallen ist, nicht mehr im Bundestag eingesetzt.

Bei der internen Ermittlung berichteten zudem mehrere Befragte von rassistischen und rechtsextremen Äußerungen und Handlungen von Bundestagspolizist:innen. Außerdem von homophoben Äußerungen, in einem Fall von der Androhung von Schlägen.

In der Bundestagsverwaltung scheint man der Auffassung zu sein, dass mit der Identifizierung von vermeintlichen Einzelfällen das Problem erledigt ist. „Pauschale Unterstellungen“, heißt es in einem Vermerk, „sind auch im Ergebnis der Verwaltungsermittlungen nicht angebracht.“

Doch so einfach ist die Sache nicht. Im vergangenen Sommer hatte die damalige Vizepräsidentin des Bundestags, Claudia Roth, in der taz eine ex-

lungen oder Äußerungen aufgefallen oder haben Sie davon gehört?“

Es ist vor diesem Hintergrund nicht überraschend, dass alle Befragten ausgaben, dass es keine problematischen Inhalte in Polizei-Chatgruppen gegeben habe. Eingehend überprüft wurde das nicht.

Die Verantwortlichen interessierten sich besonders dafür, wer die taz über rechtsextreme Vorfälle bei der Polizei informiert hat. 3 von 15 Fragen drehen sich darum: „Haben Sie mit der taz gesprochen?“, „Haben Sie Namen/personenbezogene Daten an die taz oder an Dritte herausgegeben?“ Mit der letzten Frage werden die Beamt:innen dann sogar implizit dazu aufgefordert, mögliche Whistleblower zu melden: „Haben Sie eine Erklärung dafür, wie die Daten nach außen gelangt sind?“

Statt Polizist:innen darin zu ermutigen, gegen Diskriminierung einzustehen, entsteht der gegenteilige Eindruck: Die Aufklärung der Vorfälle ist unerwünscht. Die Pressestelle betont, dass nach der taz-Veröffentlichung eine interne Vertrauensperson für Bundestagsmitarbeitende bestimmt wurde.

Dass es in der Bundestagsverwaltung jedoch weiterhin an Sensibilität mangelt, zeigt auch die schon erwähnte

„

Bei der internen Ermittlung berichteten Befragte von rassistischen und rechtsextremen Äußerungen von Bundestagspolizist:innen

Personalentscheidung: Das Referat ZR3, das für die Sicherheit im Parlament zuständig ist, hat seit Anfang Dezember einen neuen Leiter. Dieser ist laut einer internen Beschreibung zuständig für die „Unterstützung der Präsidentin bei der Ausübung der Polizeigewalt und des Hausrechts“, er soll auch Abgeordnete in Sicherheitsfragen beraten.

Der Jurist Norman P. ist Anfang 50 und arbeitet seit vielen Jahren in der Bundestagsverwaltung, zuletzt leitete er ein Personalreferat. Nun ist er nicht nur für die Polizei im Bundestag verantwortlich, sondern auch für

die Beamt:innen, die an den Pforten entscheiden, wer das Gebäude betreten darf.

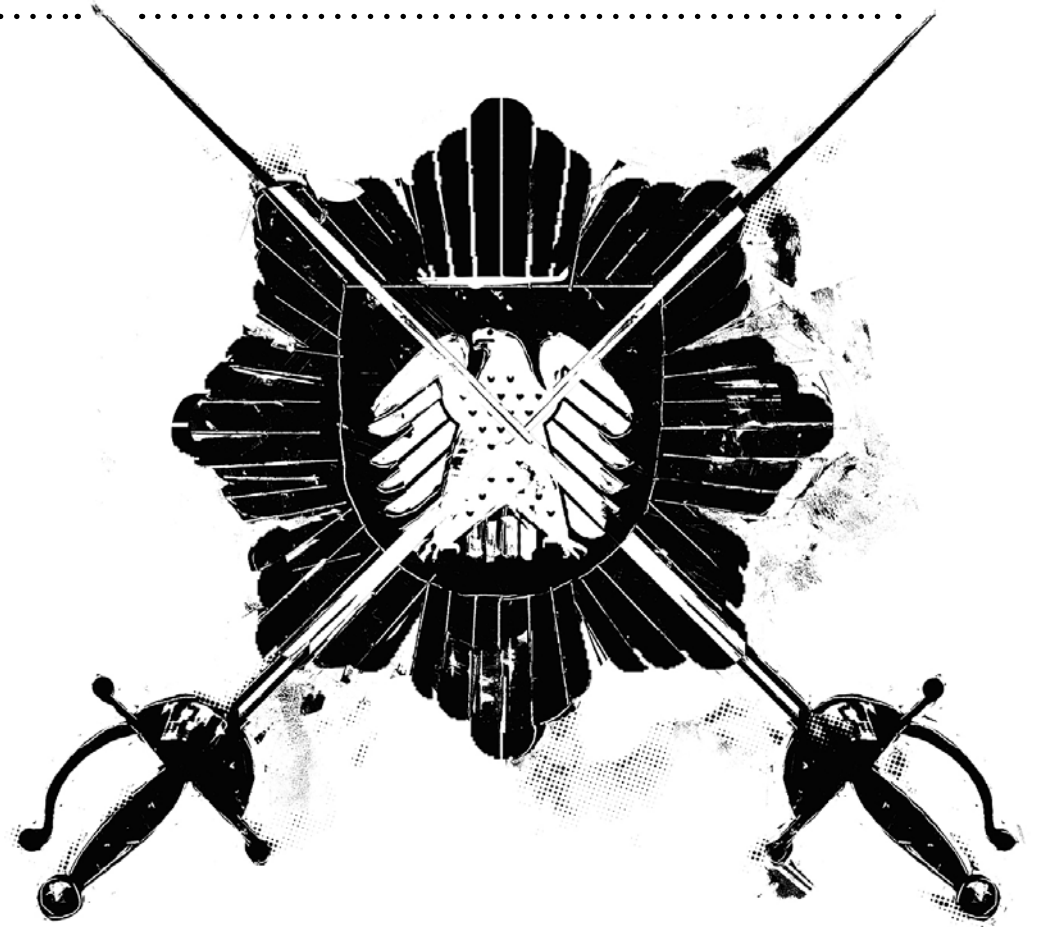
Doch ist Norman P. geeignet, die Bundestagspolizei nach einem Rechtsextremismusskandal zu führen?

Recherchen der taz ergeben, dass Norman P. Mitglied der Berliner Burschenschaft Gothia ist. Gothia ist eine politisch weit rechts stehende Verbindung. Sie ist Teil des Dachverbands Deutsche Burschenschaft, den andere Verbindungen verlassen haben, nachdem extrem Rechte das Ruder übernahmen. Ins Gothia-Haus wurden unter anderem der Holocaustleugner Horst Mahler und mehrfach Referenten des Instituts für Staatspolitik eingeladen, das heute vom Verfassungsschutz beobachtet wird. Eine Reihe von Mitgliedern sind durch eine Nähe zur völkischen Identitären Bewegung aufgefallen, es gibt personelle Überschneidungen mit der AfD. Norman P. war nicht nur während seiner Studienzeit bei der Gothia aktiv. Er lebt das Prinzip der Burschenschaft als Bund fürs Leben. Noch 2020 nahm er nach taz-Recherchen an einem Altherrentreffen der Burschenschaft teil und wurde als Kassenprüfer wiedergewählt.

Norman P.s Burschenschaftsengagement ist auch deshalb problematisch, weil er Teil eines Netzwerkes von Gothia-Mitgliedern in der Bundestagsverwaltung ist. Bereits im vergangenen Jahr hatte die taz unter anderem über einen Burschenschaftler berichtet, der beim Besucherdienst des Bundestags arbeitet. Wie Norman P. ist auch dieser Mann Oberstleutnant der Reserve und zudem Funktionär einer Berliner Reservistenkameradschaft, in der vor allem Gothia-Leute organisiert sind; er hat Norman P. auch schon mal zum Schießen eingeladen. Auf Facebook ist der Besucherdienstmitarbeiter der Gruppe „Wir Deutsche rufen Georg Friedrich von Preußen zum Deutschen König aus“ beigetreten.

Im Jahr 2013 wurde der damalige Berliner Staatssekretär Michael Büge (CDU) entlassen, nachdem bekannt wurde, dass er Mitglied von Gothia ist.

Norman P. war früher auch politisch aktiv. Bei der Bundestagswahl 1998 kandidierte er zusammen mit zwei seiner Bundesbrüder für die rechtspopulistische Splitterpartei Bund Freier Bürger



Dienstwappen der Bundestagspolizei und zwei Degen als Symbol für eine Studentenverbindung: Könnte so das neue Emblem aussehen? Illustration: Oliver Sperl

Eine interne Lösung

Der Bundestag hat auf eine taz-Recherche reagiert und die Leitung des Sicherheitsreferats neu besetzt. Der Beamte war für die Aufarbeitung rechtsextremer Vorfälle bei der Bundestagspolizei verantwortlich

Von **Kersten Augustin**
und **Sebastian Erb**

Der Bundestag hat einen neuen Sicherheitschef. Zum 1. März hat der Beamte die Leitung des Sicherheitsreferats und damit der Parlamentspolizei und des Einlasskontrolldienstes übernommen. Dies bestätigte die Pressestelle des Bundestags auf taz-Anfrage. Zuvor war er als Leiter eines Personalreferats verantwortlich für die internen Ermittlungen zu rechtsextremen Vorfällen in der Bundestagspolizei. Diese steht infolge von taz-Recherchen in der Kritik. Der bisherige Referatsleiter Norman P., der das Amt erst im Dezember übernommen hatte, leitet nun ein Referat der Wissenschaftlichen Dienste.

Im Januar hatte die taz berichtet, dass Norman P. aktives Mitglied der ultrarechten Berliner Burschenschaft Gothia ist und 1998 für die rechtspopulistische Partei Bund Freier Bürger für den Bundestag kandidiert hatte.

Nach der Berichterstattung wurde Norman P. versetzt, weitere Konsequenzen sind nicht

bekannt. Die Pressestelle begründet die Entscheidung damit, dass kein Zweifel entstehen dürfe, dass bei der Aufarbeitung der Vorwürfe rechtsextremer Vorfälle in der Bundestagspolizei mit der nötigen „Konsequenz und Sensibilität“ vorgegangen werde. Allerdings gebe es „keine Anhaltspunkte für ein disziplinarrechtlich vorwerfbares Verhalten des Beamten“.

Mit dieser Entscheidung vermeidet die Bundestagsverwaltung, sich in der Frage zu positionieren, wie sie mit weiteren rechten Burschenschaftlern in den eigenen Reihen umgeht. Auf Anfrage hieß es dazu: „Bislang sind der Bundestagsverwaltung dazu keine relevanten Vorgänge bezüglich anderer Personen bekannt, die zu förmlichen Maßnahmen Anlass geben.“ Die taz hatte im vergangenen Jahr über weitere Mitglieder der Burschenschaft Gothia in der Verwaltung berichtet.

Strittig bleibt, seit wann die Leitung der Bundestagsverwaltung von der politischen Orientierung ihres Beamten wusste. Im Januar hatte sie erklärt, dass

ihr diese nicht bekannt gewesen sei. Wie die taz aus Kreisen der Bundestagsverwaltung erfuhr, war die politische Biografie von Norman P. aber intern Thema, bevor er Sicherheitschef wurde. Spätestens als Norman P. 2015 Leiter des Sekretariats des NSU-Untersuchungsausschusses wurde, hatte er zudem eine erweiterte Sicherheitsüberprüfung durchlaufen müssen.

Der neue Leiter der Parlamentspolizei gilt im Bundestag als „strammer Sozialdemokrat“

Der neue Leiter der Parlamentspolizei gilt im Bundestag als „strammer Sozialdemokrat“. Dass er bisher das Personalreferat ZV2 leitete, ist bemerkenswert, weil er dort die internen Ermittlungen führte, die nach den taz-Recherchen im vergangenen Sommer eingeleitet wurden. Im Zuge dieser Ermittlungen ließ er alle 200 Bundestags-

polizistInnen einzeln mit einem standardisierten Fragebogen befragen. Neben suggestiven Fragen, ob Kollegen einen Hitlergruß als „Imitation, Rumalbern“ gezeigt hätten, wurden die Polizisten befragt, ob sie mit der taz gesprochen hatten. Diese Befragung wurde auch intern kritisiert.

Im vergangenen Sommer hatte die damalige Bundestagsvizepräsidentin Claudia Roth eine externe Untersuchung der Bundestagspolizei gefordert. Der damalige Präsident Wolfgang Schäuble entschied sich für interne Ermittlungen. Die Bundestagsverwaltung teilte mit, für eine externe Untersuchung sehe man nach wie vor „keine Notwendigkeit“. Bundestagspräsidentin Bärbel Bas, der die Bundestagspolizei untersteht, äußerte sich nicht zu der Neubesetzung. Die disziplinarrechtlichen Ermittlungen gegen mehrere Polizeibeamte dauern an. In einem Fall leitete auch die Berliner Staatsanwaltschaft ein Verfahren ein. Dabei geht es um den mutmaßlichen Hitlergruß eines Beamten.